

Mitgliederversammlung 2021

Samstag, 26. Juni 2021, 9.30 Uhr
Mehrzweckhalle, Frommershausen

Berichte und Anträge



SPD Unterbezirk Kassel-Stadt, Humboldtstr. 8 A, 34117 Kassel

Unterbezirksvorstand

gewählt am 6. April 2019

| | |
|---|--|
| Vorsitzender | Dr. Ron-Hendrik Hechelmann |
| Stellvertreter/innen | Teslihan Ayalp Petra Ullrich Dr. Rabani Alekuzei |
| Schatzmeister | Enrico Schäfer |
| Beisitzerin für den Arbeitsbereich Mitgliederbetreuung/Mitglieder- gewinnung/Personalentwicklung | Clara Wohltmann |
| Beisitzerin für den Arbeitsbereich Arbeitsgemeinschaften und Zielgruppen, Betriebs- und Projektgruppen | Ramona Kopec |
| Beisitzer für den Arbeitsbereich Ortsvereine und Ortsbeiräte, Organisation und Struktur | Andreas Dietz |
| Beisitzer für den Arbeitsbereich Kommunikation und Öffentlichkeit | Peter Carqueville |
| Drei BeisitzerInnen ohne definierten Aufgabenbereich | |
| Beisitzer | Jens Retting-Frendeborg |
| Beisitzerin | Gabriele Fitz |
| Beisitzer | Dieter Seidel |
| Ausländerbeauftragter | Thevagar Mohanadhasan |

Bericht des Vorsitzenden Kassel-Stadt zur Mitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,

hinter uns liegt mehr als ein Jahr Parteiarbeit unter Corona-Bedingungen. Kurz nachdem wir am 29.02.2020 unsere letzte Mitgliederversammlung durchgeführt haben, hat ein Virus das öffentliche Leben stillgelegt und alle mussten sich den neuen Gegebenheiten anpassen. Im Unterbezirksvorstand haben wir die Situation genutzt und unsere Sitzungen digitalisiert und die Möglichkeit geschaffen, hybride Sitzungsformate durchzuführen, um auch Menschen mit Kindern oder zu pflegenden Angehörigen die politische Partizipation über die Pandemie hinaus zu ermöglichen.

Für die Entwicklung des Kommunalwahlprogramms mit den Kasseler Bürger*innen haben wir vier Stadtforen zur Gestaltung eines öko-sozialen Umbaus in eine moderne, offene und ökologische Großstadt initiiert. In den drei erfolgreich durchgeführten Stadtforen haben sich mehr als 200 Menschen engagiert und mehr als 25 Forderungen haben einen direkten Weg in unser Wahlprogramm gefunden. Wir werden das Format der Stadtforen zu aktuellen Themen oder Herausforderungen beibehalten, um weiterhin in das direkte Gespräch mit den Kasseler*innen zu kommen.

Die Ergebnisse der Kommunalwahl sind für uns alle enttäuschend und wir haben unser Wahlziel, stärkste Kraft zu bleiben, verfehlt. Wir konnten nicht stark genug mit unseren Themen und Erfolgen gegen den politischen Bundes- und Landestrend punkten. Der Online-Wahlkampf konnte die fehlende, persönliche Kontaktansprache durch die Pandemie nicht kompensieren. Die Analyse der Kommunalwahl 2021 haben wir auf unserem Unterbezirksausschuss gestartet. Für künftige und erfolgreiche Wahlen benötigt es eine tiefgreifende Analyse, um Stärken weiter auszubauen und Handlungsempfehlungen zu entwickeln, um wieder stärkste Kraft zu werden. 4 % sind auf jeden Fall aufholbar. Das erste Mal haben wir als Kasseler SPD den Onlinewahlkampf in den Mittelpunkt gestellt. Zahlreiche neue Zusprüche und die größte Reichweite unter den Kasseler Parteien zeigen den Erfolg dieser Strategie. Mit neuen Formaten wie der Schilderaktion am Straßenrand oder den „Roten Rädern“ als kontaktlose Infostände haben wir überrascht. Leider konnte unser Erfolg im digitalen Raum nicht durch die vielen fehlenden Kontakte auf Stadteilfesten, Neujahresempfängen und Jahreshauptversammlungen ausgeglichen werden. Die große Herausforderung der nächsten Wahlkämpfe wird es sein, unsere Stärke als Vor-Ort- und Vereinspartei auszubauen und sie mit den neuen digitalen Konzepten zu verbinden. Ich möchte mich bei allen Ortsvereinen, Kandidat*innen und allen Wahlkämpfer*innen für das große Engagement und den Einsatz in diesem Wahlkampf unter besonderen Bedingungen bedanken. Ohne euch wäre unser Ergebnis noch schlechter ausgefallen. Meinen Glückwunsch möchte ich allen gewählten Stadtverordneten, Mitgliedern des Magistrats, Ortsbeiratsmitgliedern und gewählten Ortsvorsteher*innen aussprechen.

Nach den Sondierungsgesprächen mit CDU/FDP/ Freien Wählern und mit den Grünen haben wir uns einstimmig im Unterbezirksausschuss für die Aufnahme von Koalitionsgesprächen mit den Grünen ausgesprochen. Das Ergebnis der Verhandlungen kann sich sehen lassen. Die viele Arbeit für die Stadtforen und den anschließenden Programmprozess hat sich gelohnt. Die daraus entstandenen SPD-Positionen sind zu großen Teilen und oft wortwörtlich in den Koalitionsvertrag eingeflossen. Die berühmte sozialdemokratische Handschrift ist nicht nur klar erkennbar. Wir haben sichergestellt, dass im Rathaus weiterhin soziale und gerechte Politik gemacht werden kann, die den Menschen hilft und sie auf Augenhöhe mitnimmt. Die Vereinigung scheinbar gegensätzlicher sozialer und ökologischer Positionen war die große Herausforderung dieser Koalitionsverhandlungen. Unsere Positionen für soziale Gerechtigkeit und ein wirtschaftlich, kulturell und sportlich starkes Kassel sind wichtige Grundpfeiler des Koalitionsvertrages. Ich werbe daher für die Unterstützung dieser Koalition.

Vor der Wahl ist nach der Wahl. In den kommenden drei Monaten steht die heiße Phase des Bundestagswahlkampfes an. Mit dem SPD-Bundestagswahlprogramm „Aus Respekt vor deiner Zukunft“ und unserem Kanzlerkandidaten Olaf Scholz haben wir die Chance, einen sozialdemokratischen Kanzler zu stellen. Beim Kurzarbeitergeld, bei der Abschaffung des Solis, dem Kinderbonus, dem Klimaschutzgesetz, der Grundrente und vielem mehr hat die SPD gezeigt, dass unsere Politik Wirkung zeigt. Olaf Scholz ist mit seiner Erfahrung als Vizekanzler und Finanzminister der Richtige, um das Land erfolgreich aus der Coronakrise zu führen und die sich weiter verschärfende Ungleichheit zu mildern. Für unseren Bundestagswahlkreis 168 freue ich mich, dass Timon Gremmels erneut antritt und uns weiterhin so engagiert und kompetent in Berlin vertreten will. Es liegt nun an uns, ihn bestmöglich im Wahlkampf zu unterstützen, damit der Wahlkreis rot bleibt.

In den vergangenen Jahren gab es viele Anträge mit dem Tenor „Anträge ernstnehmen“. Es gab den Wunsch nach mehr Transparenz zur Nachverfolgbarkeit der Anträge. Das Anliegen für eine Antragsdatenbank haben wir in den Diskussionen auf allen politischen Ebenen vorgebracht. Gleichzeitig haben wir in Kassel eine Antragspatenschaft gestartet, welche jedem beschlossenen Antrag eine Patin oder Paten zuweist. So habt ihr immer eine persönliche Ansprechpartnerin oder Ansprechpartner, um euch über den aktuellen Stand der Anträge zu informieren. Diese Antragspatenschaften führen wir nun seit zwei Jahren und es kommen alle neuen Anträge automatisch hinzu. Aufgrund der Absagen der Bezirks- und Landesparteitage hat sich der Bearbeitungsstand zur letzten Mitgliederversammlung kaum verändert.

In Frage der Doppelspitze möchte ich auf die Unterbezirksvorstandssitzung vom 30.04.2021 hinweisen, bei der ein Vorgehen bezüglich der Doppelspitze beschlossen wurde. Dieser Beschluss sieht vor, dass nur unter rechtssicheren Gegebenheiten am kommenden Parteitag auch über eine Satzungsänderung beraten wird. Aufgrund der Pandemie, der Notwendigkeit eines Delegierten-Parteitags bei Satzungsfragen und den damit verbundenen Wahlen von Delegierten in Präsenz in allen Ortsvereinen, ist dieser Weg nicht rechtssicher möglich. Daher

greift das weitere Vorgehen, das im Beschluss vom 30.04.2021 vereinbart wurde. Dieses sieht vor, dass ein Reformprozess unter Beteiligung der Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften einen Entwurf der Satzungsänderung mitsamt Doppelspitze erarbeitet. Die Reform AG wird von Petra Ullrich, Teslihan Ayalp und Andreas Dietz geleitet. Ziel ist ein Satzungsbeschluss auf einem (falls nötig) außerordentlichen Parteitag.

Ich bedanke mich bei euch allen für die unzähligen Stunden eurer freiwilligen Arbeit in den Ortsvereinen, Ortsbeiräten, Arbeitsgemeinschaften, Stadtverordnetenversammlungen und zahlreichen weiteren Gremien.

Mein Dank gilt unserem Oberbürgermeister Christian Geselle, Bürgermeisterin Ilona Friedrich und Stadtrat Dirk Stochla für die gute Zusammenarbeit.

Besonders bedanken möchte ich mich bei den Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle Sabine Wurst und Sarah Schumacher für den besonderen Einsatz in der Pandemie. Eure Bereitschaft zur Umstellung auf digitale Formate und das Engagement zur Bewältigung der Herausforderung einer coronakonformen, politischen Mitbestimmung waren der Grundstein für die Parteiarbeit im letzten Jahr.

Ich bedanke mich im Namen der ganzen SPD Kassel-Stadt bei Wolfgang Decker für den herausragenden Einsatz für Kassel und unsere Demokratie. Wolfgang Decker hinterlässt große Fußstapfen als arbeitsmarktpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion und Kümmerer für die Anliegen der Menschen in Kassel. Darüber hinaus hat er sich im Landtag als langjähriger Vorsitzender des Haushaltsausschusses ebenso Anerkennung und eine parteiübergreifende Vertrauensstellung erworben. Ich freue mich, dass er mit seinem Fachwissen und Engagement der Kasseler Kommunalpolitik erhalten bleibt. Unserer bald neuen Landtagsabgeordneten Esther Kalveram wünsche ich viel Erfolg bei ihrer neuen Aufgabe.

Mit solidarischen Grüßen

Ron-Hendrik Hechelmann

Teslihan Ayalp

Bericht als Mitglied des Unterbezirksvorstandes

Mit Andreas Dietz und Petra Ullrich arbeiten wir in der Arbeitsgruppe Reformprozess. Wir wollen eine Partei sein, die in den Arbeitsgemeinschaften, Ortsvereinen und Stadtteilen vernetzt ist. Voraussichtlich wird noch vor dem Parteitag eine Sitzung stattfinden, um die veralteten Strukturen in unserer Satzung zu überarbeiten. Nach der Pandemie-Pause werden wir versuchen die Arbeit wiederaufzunehmen. Wir möchten mit vielen Genossinnen und Genossen an unserer Satzung arbeiten und diese zukunftsfähig machen. An dieser Stelle der Appell, macht bitte mit, ihr seid alle herzlich eingeladen!

Die SPD Kassel hat den Anspruch, eine moderne Großstadtpartei zu sein. In einer sich immer weiter differenzierenden Stadtgesellschaft und bei diversen Lebensweisen ist es wichtig, als Partei zu wissen „was eine moderne Partei“ im 21. Jahrhundert ausmacht. Haben wir nicht spätestens durch Corona erfahren, dass wir eine Digitalisierungsoffensive benötigen. Nicht alle Aufgaben und oder Herausforderungen lassen sich aber durch digitale Werkzeuge lösen. Auch hier haben wir als Kasseler SPD gezeigt, dass wir in der Lage sind einen Präsenzparteitag unter Corona Bedingungen zu gestalten. Wenn es auch etwas kalt war, war unser Parteitag ein Erfolg. Wir haben aber auch gezeigt, dass wir in der Lage sind einen Online Mitgliederparteitag durchzuführen. Weit über 100 Personen haben an ihren Endgeräten an dem ersten digitalen Mitgliederparteitag teilgenommen, wir waren darüber hinaus auch noch in der Lage konstruktive Diskussionen zu führen.

Im Rahmen des Kommunalwahlkampfes beteiligte ich mich an der Programmerstellung, unterstützte in drei Arbeitsgruppen und verteilte Flyer in drei Stadtteilen. Ich plakatierte und erneuerte Plakate und half auch beim Abbau der Plakate.

Einige der ausgewählten Termine

Moderation einer Arbeitsgruppe beim Stadtteilforum Ost

Teilnahme am Gedenkgottesdienst Walter Lübcke in der Elisabethkirche

Unterschiedliche Wahlkampfworkshops

Organisation der Mahnwache für die Ermordeten von Hanau

Kundgebung zum Internationalen Frauentag 2020 und 2021

1. Mai 2020 und 2021 (hier persönlich)

Gegendemo zu „Querdenkern“

Diverse Kundgebungen

Solidarische und herzliche Grüße

Tess Ayalp

Dr. Rabani Alekuzei, UBV-Mitglied, Stellvertr. Vorsitzender

Bericht, Unterbezirksparteitag am 26.06.2021

Themen: Uni, Kultur und Frieden

zusätzlich: Vorbereitung und Koordination des Stadtforums West zusammen mit Teslihan Ayalp

Damit die Menschen in unserer Stadt uns als SPD mehr wahrnehmen, ist für mich wichtig, dass wir als Partei vor Ort präsent sind.

Meine Aufgabenbereiche im UBV sind die Uni, Kultur und Frieden.

1. SPD-Präsenz an der Universität:

Wegen der Corona-Pandemie war meine Präsenz als UBV-Mitglied an den Sitzungen der Universitätsgesellschaft und an den Kuratoriumssitzungen des Internationalhouse der Uni stark eingeschränkt. Am 24. April konnte ich jedoch an der Kuratoriumssitzung des International House der UniKassel per Video-Konferenz teilnehmen. Es ging dort u.a. um die Unterbringung von Gast-Wissenschaftler*innen in der Zeit der Pandemie sowie Aktivitäten des Studierenden-Werks. Die Sitzung der Universitäts-Gesellschaft ist für den 10. Juni 2021 geplant. Deswegen kann in der Zeit der Berichterstattung darüber nicht berichtet werden.

2. SPD und Kultur

Unter der Berücksichtigung der strengen Corona-bedingten Auflagen nahm ich an mehreren Gesprächen mit den Künstler*innen teil.

Im Herbst letzten Jahres habe ich mich an einem Treffen mit 11 jungen Kasseler Künstler*innen beteiligt. Dieses Treffen war von unserem Bundestagsabgeordneten Timon Gremmels organisiert worden. Dort konnten die jungen Künstler*innen über ihre Betroffenheit berichten und diskutieren. Über die Anliegen dieser Künstler*innen haben wir dann als Kassler SPD unter der Beteiligung der Kulturdezernentin der Stadt Kassel Susanne Volker in der SPD-Fraktion diskutiert. Die Kulturdezernentin hat uns zugesichert, dass sie im Rahmen des Projektes „Kopf hoch Kassel“ die betroffenen Künstler*innen unterstützen und beraten wird. Weitere Gespräche habe ich mit den Künstler*innen in ihrem Atelier durch geführt. Zwei Gespräche habe ich mit Herrn Helmut Plate zum Thema „finanzielle Unterstützung für das Projekt " **WeltKunst documenta Stadt Kassel Website-Magazin Online Kassel** " geführt.

3. Vorbereitung und Koordination des Stadtforums West:

Hierfür haben Teslihan A. und ich am 22.01.2020 mit den beteiligten SPD-Ortsvereinsvorsitzenden oder deren Vertreter*innen ein Vorbereitungstreffen durchgeführt. Zur Durchführung mussten für das Gebiete des Forums West 2000 Postkarten, 200 Plakate (in Zusammenarbeit mit Peter C,) organisiert und verteilt werden. Außerdem musste mehrmals in Facebook bekannt gemacht werden.

Das Forum soll auch im Facebook bekannt gegeben werden: Ramona und Andreas D. kümmern sich darum. Über die OV konnten zum einen die Bekanntmachung im Facebook als auch die Einladung der im Stadtteilbefindlichen die Kirchen, Vereine und Verbände, Unternehmen, Schulen, Kitas, etc. mit einem Brief, der von unserem Vorsitzenden Dr. Ron H. Hechelmann unterschrieben wurde, eingeladen.

Die Ortsvereine wurden gebeten, ihre Mitglieder per E-Mail oder mit einem Infobrief zu mobilisieren.

Peter C. hat für gute Pressemitteilungen gesorgt.

Das Forum West wurde sowohl von unseren Mitgliedern als auch von den Bürger*innen in den Stadtteilen sehr gut besucht.

Die Arbeitsgruppen haben sich mit folgenden Themenschwerpunkte befasst:

- sozial-ökologischer Umbau/ Mobilität
- Bildung
- Kassel ohne Rassismus
- freie Kultur
- faires Wohnen/ gute Nachbarschaft
- Leben im Alter
- moderne Arbeit/ Wirtschaft

4. Das Thema Frieden

Für uns Sozialdemokraten ist die Teilnahme an den Veranstaltungen zum Thema Frieden eine „ursozialdemokratische Angelegenheit“, deswegen nahm ich als SPD-Parteivorstandsmitglied an den Veranstaltungen des Friedensratschlages teil.

Jahresbericht zur Mitgliederentwicklung im Jahr 2020

| | | |
|---------------------------------|----------------|--------------|
| Mitgliederbestand am 31.12.2020 | | 1350 |
| | davon männlich | 893 (66,15%) |
| | davon weiblich | 457 (33,85%) |

| | |
|-------------------------------|--------------|
| Mitglieder unter 35 | 204 (15,11%) |
| Mitglieder zwischen 35 und 59 | 354 (26,22%) |
| Mitglieder ab 60 | 792 (58,67%) |

Der Altersdurchschnitt aller Mitglieder beträgt 61 Jahre.

Mitgliederzugänge:

Neueintritt(e) - Gesamt 22, davon männlich 14, davon weiblich 8.

Im Schnitt waren die Neumitglieder 33,7 Jahre alt.

Mitgliederabgänge:

Abgänge - Gesamt 71, davon männlich 53, davon weiblich 18.

Austritte 50, Todesfälle 21

In den vergangenen 10 Jahren sah unsere Mitgliederentwicklung so aus
(Bestand zum Jahresende):

2011: 1560
2012: 1529
2013: 1523
2014: 1475
2015: 1435
2016: 1401
2017: 1453
2018: 1464
2019: 1407

Dieser Bericht weist den Ist-Stand zum Ende des oben angegebenen Auswertungsjahres aus.

Rechenschaftsbericht von Ramona Kopec Beisitzerin für den Arbeitsbereich Arbeitsgemeinschaften und Zielgruppen, Betriebs- und Projektgruppen im UBV

Liebe Genossinnen und Genossen,

das letzte Jahr war für uns alle ein außergewöhnliches Jahr. Die meisten Veranstaltungen fanden online statt. Die Partei zusammen zu halten beinhaltete auch die gegenseitige Unterstützung im digitalen Bereich, zum Beispiel Onlinekonferenzen. Diese neuen Möglichkeiten wurden von den Arbeitsgemeinschaften ganz unterschiedlich genutzt. So tagten im letzten Jahr nicht alle AGs regelmäßig. Für die Bildung einer richtigen Gemeinschaft fehlten außerdem die Möglichkeiten des persönlichen Gesprächs und Netzwerkens vor und nach Veranstaltungen.

Einen großen Teil meiner Arbeit in letztem Geschäftsjahr machte der Kommunalwahlkampf aus. Zusammen mit einer kleinen Arbeitsgruppe habe ich an der Redaktion des Programms maßgeblich mitgearbeitet. Viel Kraft hat uns der digitale Wahlkampf gekostet. Zusammen mit Peter Carqueville wurde ich als Beraterin in Bereich Öffentlichkeitsarbeit hinzugezogen. Im Wahlkampf selbst habe ich die Organisation für die Social Media Kanäle übernommen und auch die Produktion der Beiträge betreut. Leider mussten wir die Hoffnung auf Besserung der Pandemiesituation und Wahlkampf auf den Straßen und an den Haustüren zu machen, aufgeben. So dass alle guten Ideen für einen interaktiven Wahlkampf auf der Straße, die in der kleinen Wahlleitung entstanden sind, erst in kommenden Wahlkämpfen in Betracht gezogen werden können.

Mit solidarischen Grüßen
Ramona

Bericht des Beisitzers für den Arbeitsbereich Ortsvereine und Ortsbeiräte, Organisation und Struktur – Andreas Dietz (Stand 14.05.2021)

Auf dem Unterbezirksparteitag am 6. April 2019 wurde ich als Beisitzer mit o.g. Arbeitsbereich gewählt.

Um die Strukturen den Aktualitäten anzupassen, arbeiten Teslihan Ayalp und Petra Ullrich mit mir zusammen in einer Arbeitsgruppe. Wir wollen eine moderne Partei sein, die in die Arbeitsgemeinschaften, Ortsvereine und Stadtteile vernetzt ist, projektgebundene Arbeiten strukturiert angeht und sich gegenseitig unterstützt. Voraussichtlich wird es noch vor dem Parteitag eine Sitzung gegeben haben, um über eine Reform unserer Satzung zu sprechen, die nicht mehr unseren aktuellen Strukturen entspricht. Nachdem die AG während der Pandemie ruhte, werden wir uns im Juni getroffen haben, um sie wiederzubeleben und konkret an unserer Satzung zu arbeiten, da diese in vielen Punkten nicht mehr zeitgemäß ist. Dazu wollen wir möglichst allen Mitgliedern der Kasseler SPD die Chance geben, sich an diesem breit aufgestellten Prozess zu beteiligen.

Ich besuchte seit dem Parteitag Anfang 2020 (wo ich zuletzt berichtete) sämtliche UBA- und UBV-Sitzungen, sowie viele Fraktionssitzungen Stadtverordnetenversammlungen, oft in digitaler Form.

Im März 2020 unterstützte ich Lars Hennemann und die östlichen Ortsvereine bei Bewerbung, Auf- und Abbau des Stadtforums Ost.

Nach Beginn der Pandemie und den ersten Einschränkungen unterstützte ich Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften bei der Veranstaltung digitaler Sitzungen via Webex, Zoom und Jitsi Meet.

Im Rahmen des Kommunalwahlkampfes beteiligte ich mich an der Programmerstellung, unterstützte in der AG Medien, verteilte Flyer in vier Stadtteilen. Ich plakatierte und erneuerte Plakate in mehreren Stadtteilen und half auch beim Abbau der Plakate.

Weitere teilgenommene Termine:

Verleihung Kasseler Literaturpreis 2020

Kundgebung zum Internationalen Frauentag 2020 und 2021

1. Mai 2020 (digital) und 2021 (präsent)

Utoya Gedenken

Critical Masses

Gegendemos zu „Querdenken“

Diverse Kundgebungen

Bericht Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

Vor rund zwei Jahren stellte ich einen neuen Fokus der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in Aussicht. Es ging um einen verstärkten Blick auf die klassischen Medien auf der einen Seite und den Neustart unserer Online-Aktivitäten auf der anderen Seite. Mehr agieren, weniger reagieren, das sollte unser Motto werden. Folgende Schlaglichter zeigen, wie wir das gemeinsam erreicht haben, was die nächsten zwei Jahre getan werden sollte und warum ich 2021 erneut zur Wahl für den Unterbezirksvorstand antrete:

- **Pressearbeit zur Mahnwache und Demonstration nach dem Mord an Walter Lübcke**

Im Juni 2019 wurde Walter Lübcke von Rechtsradikalen ermordet. Danach kam es unabhängig vom Kasseler Bündnis gegen Rechts spontan zu einer vielbeachteten Mahnwache und Demonstration am Opernplatz. Dank intensiver Kommunikation zwischen Vorstand und Fraktion gelang es uns als einzige politische Organisation davor und danach eine ordentliche Pressearbeit auf die Beine zu stellen, die es als Zitate und Erwähnungen in die Medien schaffte.

Wir verfolgten diese Arbeitsweise auch in den folgenden beiden Jahren: Eine Online- und Pressearbeit also, die wo immer möglich einige Tage vor allen anderen Akteuren in Kassel aktiv wird. So gelangten unsere Pressemitteilungen zuverlässig in der Berichterstattung der lokalen Medien. In den sozialen Medien waren die Ergebnisse mit Ausnahme der Wahlkampfzeit eher befriedigend. Hier braucht es weitere aktive Genossinnen und Genossen, die sich neben oder im Unterbezirksvorstand zusätzlich Online engagieren.

- **www.kassel-hilft.de – SPD-Nachbarschaftshilfe**

Zur Beginn der Pandemie entstand in der Zusammenarbeit von Partei- und Fraktionsvorstand ein interaktives Hilfe-Portal im Internet, welches Hilfesuchende mit Hilfebietenden datenschutzkonform miteinander verbindet, etwa für Einkaufshilfen oder in der Telefonseelsorge. Besonderer Dank geht hierfür an Patrick Hartmann für seinen unermüdlichen Einsatz für die SPD-Nachbarschaftshilfe. Das Portal erlangte bundesweite Beachtung und hat vielen Menschen in Kassel in der Not ganz konkrete Hilfe vermittelt.

- **Gründung und Leitung der Medien-AG zur Arbeit in den Sozialen Medien**

Ein dreiviertel Jahr vor Beginn des Kommunalwahlkampfes führten wir mit viel ehrenamtlicher Arbeit aus der Partei einen Neustart unserer Online-Pressearbeit durch. Das ist zuletzt nach der Wahl etwas eingeschlafen. Die Medien-AG nochmal zu aktivieren sollte für die nächsten Jahre ein wichtiges Ziel unserer Öffentlichkeitsarbeit sein.

- **Kommunikationskonzept zum Programmkonzept (Stadtforen)**

Ein ganzes Jahr vor der Kommunalwahl begann dieser Vorstand gemeinsam mit vielen sehr aktiven Genossinnen und Genossen mit einer intensiven Online-, Print- und Plakatkampagne zum SPD-Programmprozess in Kassel. Besonders viel Zeit investierten wir darin, diese Arbeit in ein modernes Wahlprogramm münden zu lassen.

- **Neustart unserer Webseite www.spdkassel.de**

Die Unterbezirksvorstand nutzte die Gelder die ohnehin in eine getrennte Wahlkampf-Homepage geflossen wären und investierte diese stattdessen in unserer dauerhafte Webseite spdkassel.de. So schafften wir einen bleibenden Nutzen für die kommenden Jahre.

Im Wahlkampf erreichten wir im Vergleich zur politischen Konkurrenz die besten Platzierungen in den Suchmaschinen. Unsere Webseite bot einen interaktiven Wahl-O-Maten in Form eines Kommunalwahlkompasses für Kassel, einen intensiv genutzten Live-Chat als Online-Wahlkampfstand, ein klickbares Wahlprogramm mit schnellem Überblick über unsere Themen und durchstöberbare Profile der Kandidatinnen und Kandidaten.

Mittelfristig ist mit der Webseite folgendes geplant: Funktionen wie den Terminkalender neu starten, eine Spendenseite mit PayPal-Anbindung, Schulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Parteibüro sowie Schaffung eines erweiterten Kreises ehrenamtlicher Online-Helferinnen und -Helfer für die fortlaufende Pflege unserer Webseite und nicht zuletzt die Planung und Umsetzung eines Kommunikationskonzeptes für unsere Parteiwebseite für die kommenden zwei Jahre.

Ich danke allen, die mir in den letzten beiden Jahren tatkräftig unter die Arme gegriffen haben. Als Beisitzer für Pressearbeit erfüllt man eine äußerst arbeitsreiche Vorstandsfunktion. Die wahre Stärke des ganzen Unterbezirksvorstands in den vergangenen zwei Jahren lag in der Zusammenarbeit mit den und Aktivierung der vielen Genossinnen und Genossen für zusätzliches Parteiengagement. Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit haben wir gemeinsam viel geleistet und klasse Ergebnisse geliefert. Auch wenn wir uns deutlich besser als andere Parteigliederungen gegen den SPD-Abwärtstrend bei Wahlen in Hessen stemmen konnten, dürfen wir uns mit dem Wahlergebnis nicht zufrieden geben. Es muss unser Anspruch sein, uns durch eine kontinuierliche Arbeit aus eigener Kraft wieder an die politische Spitze in Kassel zu kämpfen. Nur so können wir unsere sozialdemokratischen Ziele zum Wohle der Menschen in Kassel erreichen.

Für dieses Ziel trete ich am 26.6. zum ordentlichen Unterbezirksparteitag erneut zur Wahl für den Kasseler Unterbezirksvorstand an.

Ortsvereins- und Arbeitsgemeinschaftsvorsitzende

Stand: Juni 2021

Vorsitzende der Ortsvereine

| Ortsverein | Vorsitzende/r |
|------------------------|-------------------------------------|
| Altkassel-Bettenhausen | Lars Hennemann |
| Brasselsberg | Dr. Cornelia Janusch |
| Fasanenhof | Manfred Merz |
| Forstfeld | Esther Kalveram |
| Harleshausen | Reinhard Wintersperger |
| Holland | Johannes Knöfel Dilara Sen |
| Jungfernkopf | Dr. Günther Schnell |
| Kirchditmold | Judith Boczkowski Thomas Platzek |
| Niederzwehren | Petra Ullrich |
| Nordshausen | Christian Knauf |
| Oberzwehren | Philipp Humburg |
| Philippinenhof/W. | Stefan Markl Udo Baier-Eckhardt |
| Rothenditmold | Daniel Aleksic |
| Südstadt | Andreas Dietz |
| Süsterfeld/H. | Jens Retting-Frendeborg |
| Vorderer Westen | Steffen Hunold |
| Waldau | Dirk Seeger |
| Wehlheiden | Annette Busse |
| Wesertor | Dietmar Bürger |
| Wilhelmshöhe | Armin Ruda |
| Wolfsanger/H. | Wolfgang Decker |

Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaften

| Arbeitsgemeinschaft | Vorsitzende/r |
|---------------------|-----------------------------|
| AG 60plus | Norbert Sprafke |
| AfA | Andreas Dietz kommissarisch |
| AsJ | Wolfgang Schwerdtfeger |
| Jusos | Johanna Kindler |

Tätigkeitsbericht der AfA Kassel (Stand 14.5.2021)

Der AfA-Vorstand konstituierte sich am 12. März 2019. Nachdem 2019 bereits der Vorsitzende aus beruflichen Gründen zurücktrat, erging es im Sommer 2020 einem der kommissarischen Vorsitzende genauso.

Seit dem Bericht zum Parteitag 2020 steht die AfA vor dem allgemein bekannten Problem, dass Sitzungen fast nur digital durchgeführt werden. Die AfA war dabei eine der ersten Kasseler Gruppierungen die dies erfolgreich durchführen konnte.

Viele klassische Termine der AfA vielen aus oder mussten in ungewohnter digitaler Form stattfinden.

Der 1. Mai 2020 fand in digitaler Form statt, an dieser Form beteiligten sich viele Genossinnen und Genossen der AfA. Ebenso bei der Verteilung und dem Aufhängen der 1. Mai Fahnen als alternativer Form Präsenz und Solidarität zu zeigen.

Am 10. Juni berichtete der arbeitsmarktpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion von der politischen Arbeit in Zeiten der Krise – im Rahmen einer Sitzung in digitaler Form.

Am 1. Juli nutzten wir die Gelegenheit der gesunkenen Inzidenzzahlen zu einer präsenten Sitzung – mit Maske und Abstand und sprachen über Werkverträge in der Fleischindustrie sowie über unseren Input zur Kommunalwahl 2021.

Im Juli besuchten zwei Personen des Vorstands Bombardier, um eine Soli-Adresse zu übergeben. Wir sind froh, dass der Übergang zu Alstom für die Beschäftigten verhältnismäßig glimpflich ablief und unsere Unterstützung auch in der lokalen Presse Beachtung fand.

Da der Zissel 2020 ausfiel, gab es auch nicht den klassischen Zisselaufakt der AfA wie viele Jahre zuvor.

Nach der Sommerpause trafen wir uns am 7. Oktober, um über das Kommunalwahlprogramm zu sprechen.

Am 28. April trafen wir uns erneut digital, um den 1. Mai vorzubereiten.

Am 1. Mai hingen wieder die SPD Fahnen aus, daneben beteiligten sich mehrere Genossinnen und Genossen an der präsenten Kundgebung, viele weitere nahmen an der digitalen Veranstaltung teil.

Nachdem die digitalen Sitzungen immer schlechter besucht waren, wollen wir bald wieder in Präsenz zu tagen, wobei dann auch Neuwahlen der Kasseler AfA anstehen.

Auf der digitalen Mitgliederversammlung, die nach der Abgabe des Berichts stattgefunden haben wird, werden wir voraussichtlich Anträge beschließen, um deren Unterstützung wir euch zur heutigen Mitgliederversammlung bitten.

Grüsse aus der AfA

Andreas Dietz (kommissarischer Vorsitzender)

Rechenschaftsbericht der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen

Liebe Genossinnen und Genossen,

im letzten Jahr tagte die ASF trotz Pandemie regelmäßig digital. Die noch junge Arbeitsgemeinschaft, die erst vor 1,5 Jahren wieder gegründet wurde, besteht mittlerweile aus einem festen Kern. Im Mittelpunkt der Sitzungen steht fast jedes Mal ein Themenschwerpunkt. Oftmals werden auch externe Gäste für einen Input eingeladen. Manuela Strube berichtet zum Beispiel von ihrer Arbeit im Landtag und ihrem Engagement bei der Aufklärung bei dem Phänomen „Loveboy“. Die Gruppe „Catcalls of Kassel“ berichtete über ihr Engagement auf den Straßen von Kassel in Bezug auf verbale sexuelle Belästigung. Dieser Bericht gab auch den Impuls den Antrag „Catcalls sind keine Komplimente – Belästigung strafbar machen“ zu schreiben, der beim Parteitag im April verabschiedet wurde.

Ursprünglich hatte sich der Vorstand als Arbeitsauftrag gegeben, Ende 2020 eine attraktive Veranstaltung zu planen, mit dem Hintergrund mehr Frauen für die Politik zu begeistern. Da es sich auch um eine Veranstaltung handeln sollte, in der es möglich ist, sich kennen zu lernen und zu netzwerken wurde davon abgesehen eine solche Veranstaltung digital durchzuführen. Ebenfalls konnte aufgrund von Corona nicht der Idee nachgegangen werden, jedes Mal in einem anderen Stadtteil zu tagen, um auch Frauen, die sich ausnahmslos in den Ortsvereinen engagieren, zu erreichen.

Mit solidarischen Grüßen
Ramona
(ASF Vorsitzende)

Wahlvorschläge

Unterbezirksparteitag/Mitgliederversammlung am 26. Juni 2021

| | | | |
|------------------------|-----------------------------|-------------------|---|
| Wahlvorschlag 1 | 1. Vorsitzende/r | | |
| | Name | Ortsverein | vorgeschlagen von |
| | Hechelmann, Ron-Hendrik Dr. | Holland | Holland, Kirchditmold, Jusos, Vorderer Westen |

| | | | |
|------------------------|-------------------------------------|-------------------|----------------------------|
| Wahlvorschlag 2 | stellvertretende Vorsitzende | | |
| | Name | Ortsverein | vorgeschlagen von |
| | Ayalp, Teslihan | Vorderer Westen | Vorderer Westen, Holland |
| | Fiedler, Sebastian | Wilhelmshöhe | Wilhelmshöhe |
| | Hamacher, Rosa-Maria | Wehlheiden | Oberzwehren, 25 Mitglieder |

| | | | |
|------------------------|-------------------------|------------------------|--------------------------|
| Wahlvorschlag 3 | Schatzmeister/in | | |
| | Name | Ortsverein | vorgeschlagen von |
| | Schäfer, Enrico | Altkassel-Bettenhausen | 25 Mitglieder |

| | | | |
|------------------------|---|-------------------|---------------------------------------|
| Wahlvorschlag 4 | Beisitzer/in für den Bereich Mitgliederbetreuung/Mitglieder-gewinnung/Personal-entwicklung | | |
| | Name | Ortsverein | vorgeschlagen von |
| | Wohlmann, Clara | Rothenditmold | Rothenditmold, Jusos, Vorderer Westen |

| | | | |
|------------------------|--|-------------------|--------------------------|
| Wahlvorschlag 5 | Beisitzer/in für den Bereich Arbeits-gemeinschaften und Zielgruppen, Betriebs- und Projektgruppen | | |
| | Name | Ortsverein | vorgeschlagen von |
| | Knöfel, Johannes | Holland | Holland, Vorderer Westen |

| | | | |
|------------------------|--|-------------------|--------------------------|
| Wahlvorschlag 6 | Beisitzer/in für den Bereich Ortsbeiräte und Ortsvereine, Organisation und Struktur | | |
| | Name | Ortsverein | vorgeschlagen von |
| | Dietz, Andreas | Südstadt | Südstadt, AfA |

| | | | |
|------------------------|--|-------------------|--------------------------|
| Wahlvorschlag 7 | Beisitzer/in für den Bereich Kommunikation und Öffentlichkeit | | |
| | Name | Ortsverein | vorgeschlagen von |
| | | | |

| | | | |
|------------------------|--------------------------------------|------------------------|---|
| Wahlvorschlag 8 | 3 weitere Vorstandsmitglieder | | |
| | Name | Ortsverein | vorgeschlagen von |
| | Nitsch, Andreas | Wehlheiden | Wehlheiden |
| | Retting-Frendeborg, Jens | Süsterfeld/H. | Süsterfeld/H., 25 Mitglieder |
| | Seeger, Dirk | Waldau | 25 Mitglieder |
| | Seidel, Dieter | Altkassel-Bettenhausen | AfA, 25 Mitglieder |
| | Woborschil, Stefanie | Wilhelmshöhe | Wilhelmshöhe |
| | Woermann, Tomma | Wehlheiden | Rothenditmold, Waldau, 25 Mitglieder |
| | Zeidler, Christoph | Nordshausen | Nordshausen, 25 Mitglieder |

| | | | |
|------------------------|---------------------------------------|------------------------|--------------------------|
| Wahlvorschlag 9 | Ausländerbeauftragte/r des UBV | | |
| | Name | Ortsverein | vorgeschlagen von |
| | Mohanadhasan, Thevagar | Altkassel-Bettenhausen | Jusos |

| | | | |
|-------------------------|-----------------------------|-------------------|--------------------------|
| Wahlvorschlag 10 | 8 Mitglieder des UBA | | |
| | Name | Ortsverein | vorgeschlagen von |
| | Boczkowski, Judith | Kirchditmold | Kirchditmold |
| | Bogdon, Barbara | Oberzwehren | Oberzwehren |
| | Möller, Anja | Harleshausen | AfA |

| | | | |
|-------------------------|-----------------------------------|-----------------------------|--------------------------|
| Wahlvorschlag 11 | Delegierte Bundesparteitag | | |
| | Name | Ortsverein | vorgeschlagen von |
| | Bürger, Dietmar | Wesertor | Wesertor |
| | Coban-Yildiz, Hanife | Holland | Holland |
| | Hechermann, Ron-Hendrik Dr. | Holland | Holland |
| | Knöfel, Johannes | Hechermann, Ron-Hendrik Dr. | Holland |
| | Sen, Dilara | Holland | Holland |
| | Stanik, Nils | Holland | Holland |

| | | | |
|-------------------------|-----------------------------------|-------------------|--------------------------|
| Wahlvorschlag 12 | Delegierte Landesparteitag | | |
| | Name | Ortsverein | vorgeschlagen von |
| | Bürger, Dietmar | Wesertor | Wesertor |
| | Hechelmann, Ron-Hendrik Dr. | Holland | Holland |
| | Sen, Dilara | Holland | Holland |
| | Knöfel, Johannes | Holland | Holland |
| | Coban-Yildiz, Hanife | Holland | Holland |
| | Stanik, Nils | Holland | Holland |

| | | | |
|-------------------------|------------------------------------|-------------------|--------------------------|
| Wahlvorschlag 13 | Delegierte Bezirksparteitag | | |
| | Name | Ortsverein | vorgeschlagen von |
| | Bürger, Dietmar | Wesertor | Wesertor |

| | | | |
|-------------------------|-------------------------|-------------------|--------------------------|
| Wahlvorschlag 14 | Bezirksausschuss | | |
| | Name | Ortsverein | vorgeschlagen von |
| | | | |

| | | | |
|-------------------------|--|-------------------|--------------------------|
| Wahlvorschlag 15 | Schiedskommission Vorsitzende/r | | |
| | Name | Ortsverein | vorgeschlagen von |
| | Eckehart, Blume | Wolfsanger/H. | Wolfsanger/H. |

| | | | |
|-------------------------|---|-------------------|--------------------------|
| Wahlvorschlag 16 | Schiedskommission stellvertretende Vorsitzende | | |
| | Name | Ortsverein | vorgeschlagen von |
| | | | |

| | | | |
|-------------------------|--|-------------------|--------------------------|
| Wahlvorschlag 17 | Schiedskommission Beisitzer/Innen | | |
| | Name | Ortsverein | vorgeschlagen von |
| | | | |

| | | | |
|-------------------------|-----------------|-------------------|--------------------------|
| Wahlvorschlag 18 | Revision | | |
| | Name | Ortsverein | vorgeschlagen von |
| | | | |

| | | | |
|-------------------------|------------------------|-------------------|--------------------------|
| Wahlvorschlag 19 | Bezirksvorstand | | |
| | Name | Ortsverein | vorgeschlagen von |
| | | | |

| | | | |
|-------------------------|------------------------|-------------------|--------------------------|
| Wahlvorschlag 20 | Landesparteirat | | |
| | Name | Ortsverein | vorgeschlagen von |
| | | | |

| | | | |
|-------------------------|----------------------|-------------------|--------------------------|
| Wahlvorschlag 21 | Parteikonvent | | |
| | Name | Ortsverein | vorgeschlagen von |
| | | | |

| | | | |
|-------------------------|---------------------|-------------------|--------------------------|
| Wahlvorschlag 22 | SPE-Kongress | | |
| | Name | Ortsverein | vorgeschlagen von |
| | | | |

Mitgliederversammlung am 26. Juni 2021

Meldungen der Ortsvereine für die Antragsprüfungs- und Zählkommission

| Ortsverein | Antragsprüfungskommission | Zählkommission |
|-------------------------------|----------------------------------|--|
| Altkassel-Bettenhausen | Werner Aßmann | Werner Aßmann |
| Brasselsberg | | |
| Fasanenhof | | |
| Forstfeld | Esther Kalveram | Sascha Gröling, Sonja Poppenheger |
| Harleshausen | Reinhard Wintersperger | Gitta Wintersperger |
| Holland | Dilara Sen | Johannes Knöfel Hanife Coban-Yildiz |
| Jungfernkopf | | |
| Kirchditmold | | |
| Niederzwehren | Petra Ullrich | Jessica Ullrich, Helmut Schäfer |
| Nordshausen | | |
| Oberzwehren | | |
| Philippinenhof/W. | | |
| Rothenditmold | Heidi Reimann | Heidi Reimann |
| Südstadt | Andreas Dietz | Jost Holtgrave |
| Süsterfeld/H. | | |
| Vorderer Westen | | Mario Lang |
| Waldau | Dirk Seeger | Niklas Heß |
| Wehlheiden | Lukas Kiepe | Moritz Butt Ann-Katrin Berkenheger |
| Wesertor | Dietmar Bürger | |
| Wilhelmshöhe/W. | Armin Ruda | Stefan Beckmann-Metzner |
| Wolfsanger/H. | | |
| AG 60 plus | Norbert Sprafke | |
| AfA | | |
| AsF | | |
| AsJ | | |
| Jusos | Ilas Yasin | |

Vorsitzende der Antragsprüfungskommission: Esther Kalveram

Vorsitzender der Zählkommission: Mario Lang

Mitgliederversammlung am 26. Juni 2021

Antrag Nr. B 1

Antragsteller: AfA

Adressat: SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt
AfA-Bezirkskonferenz
SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
SPD-Bundesparteitag

Betrifft: Rentenpolitik – Kurswechsel!

angenommen

abgelehnt

überweisen an:

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

- 1
- 2 DEN KURS IN DER RENTENPOLITIK GRUNDLEGENDE WECHSELN!
- 3 Solidarisch und gerecht! – den Lebensstandard im Alter sichern
- 4 Der Bundesparteitag möge beschließen:
- 5 Das deutsche System der Altersvorsorge wird den Anforderungen von Sicherung des
- 6 Lebensstandards in einer sich wandelnden Arbeitswelt und Gesellschaft trotz der von der SPD
- 7 durchgesetzten punktuellen Verbesserungen immer weniger gerecht. Immer mehr Menschen
- 8 droht im Alter der Gang zum Sozialamt. Selbst Durchschnittsverdienende müssen mit einer
- 9 Mager-Rente rechnen. Schuld sind die Verwerfungen der letzten Jahrzehnte auf dem
- 10 Arbeitsmarkt und eine verfehlte Rentenpolitik. Menschen, die über einen langen
- 11 Zeitraum
- 12 Beiträge einzahlen, müssen im Gegenzug auch darauf vertrauen können, dass sie am Ende
- 13 ihres Berufslebens eine auskömmliche gesetzliche Rente beziehen werden. Diese Erwartung
- 14 spiegelt noch immer einen breiten gesellschaftlichen Konsens wider und wird nach wie vor
- 15 generationenübergreifend geteilt.
- 16 Das Drei-Säulen-Modell der Alterssicherung und die damit verbundene Teilprivatisierung ist
- 17 gescheitert. Nur wenige haben die Möglichkeit, die wachsenden Versorgungslücken in Folge
- 18 des festgelegten Leistungsabbaus der gesetzlichen Rentenversicherung durch private Vor-

19 sorge zu schließen. Eine zusätzliche betriebliche Altersvorsorge gibt es nicht flächendeckend,
20 sie befindet sich in Zeiten einer langjährigen Niedrigzinsphase auf dem Rückzug und erreicht
21 gerade diejenigen Arbeitenden am wenigsten, die sie am dringendsten bräuchten.

22 Die Leistungsreduzierungen bei der gesetzlichen Rentenversicherung, insbesondere nach der
23 Jahrtausendwende, waren vom Streben nach einem möglichst niedrigen Beitragssatz
24 getrieben. Dieser Weg bringt die Versicherten in eine Sackgasse, in der den
25 marginalen

26 Entlastungen in der Erwerbsphase sozialer Abstieg oder gar Armut im Alter folgen. Deshalb
27 muss es einen Kurswechsel und eine Rückbesinnung auf das Versorgungsprinzip sozialer
28 Sicherung geben. Auskömmliche Renten müssen wieder primäres Sicherheitsziel des
29 Sozialstaates werden. Die Rentenversicherung zählt zum Kern unseres Sozialstaats und hat
30 sich seit vielen Jahrzehnten bewährt. Gerade in der Zeit seit der Finanzmarktkrise ab 2008
31 stellte sich die Stärke dieses umlagefinanzierten Sicherungssystems heraus. Sie umfasst alle
32 Generationen im Land, ist unabhängig von Banken, Privatversicherungen und internationalen
33 Fonds, von privaten Renditeinteressen und auch unabhängig von der Entwicklung einzelner
34 Beschäftigtengruppen, Betriebe oder Branchen. Sie stellt dabei eine hälftige
35 Finanzierung
36 durch die Arbeitgeber sicher. Zugleich nutzt sie bestmöglich den Vorteil möglichst großer,
37 solidarischer Kollektive.

38 Unser rentenpolitisches Ziel ist es, in Zukunft den Solidarvertrag zwischen den und innerhalb
39 der Generationen zu schützen und weiterzuentwickeln. Durch eine sozialstaatlich
40 ausgestaltete und gerecht finanzierte Absicherung muss ein gutes Leben im Alter garantiert
41 und der Lebensstandard weitgehend gesichert werden. Deshalb wollen wir einen Kurswechsel
42 in der Rentenpolitik mit einer langfristig deutlichen Steigerung des gesetzlichen Rentenniveaus
43 mit dessen dauerhafter Ankoppelung an die allgemeine Wohlstandsentwicklung. Private und
44 betriebliche Altersvorsorge sollte zukünftig in Form zusätzlicher Beiträge zur Stärkung und
45 dem Ausbau der gesetzlichen Rentenversicherung verwendet werden.

46 Angesichts des tiefgreifenden Strukturwandels der Arbeitswelt und der bevorstehenden

47 Transformation der Industriearbeit ist dies besonders dringlich. Für diese Betroffene, wie auch
48 für Beteiligte aus der Corona-Krise, müssen zusätzliche Möglichkeiten geschaffen werden.
49 Das Alterssicherungssystem ist deshalb an die bevorstehenden strukturellen Umbrüche
50•
51 anzupassen. Die Arbeitswelt wird immer vielschichtiger. Der Trend zu immer individuelleren
52 Erwerbsverläufen wird sich im Zuge der Veränderung weiter verstärken. Erziehungs-,
53 Weiterbildungs- und Pflegezeiten werden zum Normalfall. Ein zeitgemäßes
54 Rentensystem
55 muss sich an die Tatsache einer dynamischeren Arbeitswelt anpassen und ebenfalls in Zeiten
56 des Wandels soziale Sicherheit für alle gewährleisten.
57 Für eine nachhaltige Verbesserung der Versorgung im Alter ist der Neuaufbau einer
58 solidarischen und gerechten Alterssicherung unverzichtbar!
59 Vor diesem Hintergrund fordern wir:
60 1. Die gesetzliche Rente ist und bleibt der Grundpfeiler der Alterssicherung
61 Berechnungen zeigen, dass die Rendite der gesetzlichen Rentenversicherung positiv ist und
62 auch für kommende Generationen positiv bleibt. Die gesetzliche Rente ist der Grundpfeiler der
63 Alterssicherung in Deutschland. Die gesetzliche Rente muss zukünftig wieder die alleinige
64 Säule der Alterssicherung sein. Das System der gesetzlichen Alterssicherung ist so
65 umzubauen, dass das Ziel der Lebensstandardsicherung wieder ausschließlich durch
66 das
67 gesetzliche Rentensystem erreicht und damit die strukturelle Armut vermieden wird.
68 Nur die Rückkehr zum Ziel einer lebensstandardsichernden Altersrente kann der jahrzehnte-
69 langen Arbeits- und Beitragsleistung der Versicherten gerecht werden.
70 Die bestehenden und zukünftig vereinbarten Regelungen zwischen Gewerkschaften und
71 Arbeitgeberverbänden zur Betriebsrente sollen ausdrücklich unberührt bleiben. Die
72 betriebliche Altersvorsorge soll als Ergänzung gestärkt und ihre Verbreitung deutlich erhöht
73 werden. Angestrebt sollte aber eine betriebliche Altersversorgung, tariflich abgesichert und
74 arbeitgeberfinanziert, als Zusatzbeitrag für die gesetzliche Rentenversicherung werden. Dies

75 wäre ein zusätzlicher Beitrag zur individuellen Absicherung im Alter, bei Erwerbsminderung
76 sowie zur Hinterbliebenenversorgung. Die bisherige Riesterrente mit staatlicher
77 Subventionierung der Versicherungskonzerne darf nicht weitergeführt werden. Die gesetzliche
78 Förderung privater Vorsorge muss entfallen. Für bestehende Verträge soll jedoch der
79 Vertrauensschutz gelten. Alle für die Altersvorsorge notwendigen Steuermittel sind in der
80 gesetzlichen Rentenversicherung zu bündeln.

81

82 2. Schrittweise Anhebung des Rentenniveaus auf 53 Prozent

83 Um ein gutes Leben im Alter zu garantieren und den Lebensstandard weitgehend zu sichern
84 ist die Abwärtsspirale bei der Rente mit einem dramatischen Anstieg der Altersarmut dauer-
85 haft zu stoppen und gleichzeitig das Rentenniveau schrittweise von heute 48 Prozent auf das
86 Niveau von 53 Prozent anzuheben, also in etwa auf den Stand zu Beginn dieses Jahrtausends.
87 Damit kann der im Erwerbsleben durchschnittlich erreichte Lebensstandard auch im Alter
88 weitgehend erhalten und ein sozialer Abstieg im Alter verhindert werden. Dieses
89 Versorgungsziel ist durch die gesetzliche Rentenversicherung zu ermöglichen. Über lange Zeit
90 wurde so ein Netto-Rentenniveau von etwa 70 Prozent erreicht – was nach heutiger
91 Berechnungsmethode einem Sicherungsniveau netto vor Steuern von etwa 53 Prozent
92 entspricht. Dieses Niveau ist wieder anzustreben.

93 Dies erfordert zwingend vier Maßnahmen:

94 1. Zentrale Bezugsgröße bei der Berechnung des Rentenniveaus ist die sogenannte
95 Standardrente mit 45 Entgeltpunkten für 45 Jahre Durchschnittseinkommen. Diese
96 Standardrente ist auf der Basis der von langjährig Versicherten im Schnitt tatsächlich
97 erreichten Entgeltpunkte (derzeit etwa 43 Entgeltpunkte) neu zu definieren. Das Prinzip
98 der Teilhabeäquivalenz als Kernprinzip der Rentenversicherung bedeutet aber nicht nur,
99 dass die Rente nach langjähriger Beitragszahlung angemessen, sondern auch, dass sie
100 strukturell armutsfest sein muss.

101 2. Rente nach Mindestentgeltpunkten zur Aufwertung des Niedriglohnssektors. Wer seinen

102 Lebensunterhalt jahrzehntelang mit seinem Lohn bestritten hat, hat auch eine Rente
103 verdient, die den Lebensunterhalt deckt. Bei langjähriger Beitragszahlung zu
104
105 durchschnittlich geringem Lohn bedarf es daher einer Aufwertung der eigenen
106 Rentenansprüche und einer höheren Ersatzrate. Die Rente aus diesen
107 Mindestentgeltpunkten ist versteckt im §262 Sozialgesetzbuch Nr. 6 geregelt. Diese
108 Vorschrift regelt eine Mindestbewertung von Pflichtbeitragszeiten vor 1992 (Rente nach
109 Mindesteinkommen).

110 Liegen die Voraussetzungen nach §262 SGB VI vor, werden dem Rentenkonto des oder
111 der betroffenen Versicherten zusätzliche Entgeltpunkte gutgeschrieben. Diese hat der
112 Versicherte nicht aus eigenen Beitragsleistungen verdient, sondern wird ihm durch den
113 Steuerzahler bezahlt. Die Aufstockung der Entgeltpunkte soll eine durchschnittliche Rente
114 sicherstellen, die oberhalb der Grundsicherungsschwelle liegt. Zwingend notwendig bleibt
115 eine rückwirkend aufstockende Regelung für die vergangenen Zeiten, die bei
116 Rentenbeginn den individuellen Rentenanspruch erhöht.

117 3. Das von der Bundesregierung angenommene Gesamtversorgungsniveau unterstellt,
118 dass die gesetzliche Rente von einer Riester-Rente ergänzt wird. Doch auf viele
119 Beschäftigte trifft diese Annahme gar nicht oder zumindest nicht in dieser Höhe zu, da sie
120 über keine entsprechenden Anwartschaften verfügen. Zudem geht die Bundesregierung
121 von überzogen optimistischen Annahmen hinsichtlich Rendite, Dynamisierung und Kosten
122 aus. Diese unterstellte Zusatzvorsorge aus einem Riester-Vertrag sollte daher in
123 entsprechender Höhe wieder als Bestandteil der gesetzlichen RV gezahlt werden.

124 Das Verhältnis von neuer Standardrente zu entsprechendem Durchschnittseinkommen
125 muss als das daraus abzuleitende Sicherungsniveau zum Zielniveau werden, welches
126 zügig wieder erreicht und dann dauerhaft gehalten werden muss.

127

128 Der Altersvorsorgeanteil (AVA) muss aus der Rentenanpassungsformel ersatzlos

129 gestrichen werden.

130 4. Wartezeiten GR: Die Erfüllung der 33 Jahre Wartezeit ist zu erleichtern und gerechter zu
131 gestalten. Im Fall einer Erwerbsminderung vor dem 48. Lebensjahr kann die Wartezeit
132 objektiv rechtlich auch bei ununterbrochener Erwerbsbiographie nicht erfüllt werden.
133 Daher muss die Grundrente auch in diesen Fällen analog gewährt werden. Die
134 Schutzfristen nach Mutterschutzgesetz müssen grundsätzlich zu den 33 Jahren zwingend
135 hinzuzuzählen. Auf die Wartezeit sind alle rentenrechtlichen Zeiten anzurechnen.

136

137 3. Eine solidarische Finanzierung der Alterssicherung

138 Paritätisch finanzierte Erwerbstätigenversicherung

139 • Die Weiterentwicklung der paritätisch finanzierten Rentenversicherung in die zukünftig
140 alle Bevölkerungsschichten in Form einer Erwerbstätigenversicherung in das
141 Rentensystem einbezogen werden. Aus verschiedenen Gründen ist gerade jetzt, also zu
142 Beginn der 2020er Jahre der Umstieg auf eine Erwerbstätigenversicherung günstig und
143 politisch geboten.
144 • Hierbei sollen in Zukunft Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber auch zusätzlich auf
145 den Gewinn erhoben werden können. Die Höhe des Arbeitgeberbeitrages im Bereich des
146 Niedriglohnssektors ist mindestens am Durchschnitt der Branche auszurichten
147 (Arbeitgebermindestbeitrag).

148 • Auf die historisch gewachsenen Ansprüche in den Sonderversorgungssystemen besteht
149 ein eigentumsähnlicher Bestandsschutz. Deshalb kann die Weiterentwicklung zu einer
150 Erwerbstätigenversicherung nur schrittweise im Rahmen einer Stichtagsregelung
151 vollzogen werden. Dabei werden jene Selbständige, Beamte, Abgeordnete oder
152 freiberuflich Tätigen in die Versicherungspflicht einbezogen, die zum Stichtag noch nicht
153 in einem obligatorischen Alterssicherungssystem versichert sind. Im Rahmen der
154 Übergänge der Sonderversorgungssysteme in die Erwerbstätigenversicherung sind die
155 jeweils nach altem Recht noch erworbenen Anwartschaften zu gewährleisten. Der
156 Übergang wird daher ein bis zwei Generationen in Anspruch nehmen. Um Länder und
157• Kommunen von den vorübergehend ansteigenden Beitragslasten für Ihre BeamtInnen zu

158 entlasten, errichtet der Bund einen Sonderfonds, der mittelfristig durch die eingesparten
159 Pensionen zurückerstattet wird. Auch hierbei helfen uns die derzeit niedrigen Zinsen.
160 Perspektivisch stellen wir damit die Alterssicherung unabhängig von der arbeits-
161 rechtlichen Erwerbsform und dem bezogenen Einkommen auf eine möglichst breite
162 Beitragszahlendenbasis.
163 • Parallel muss hierzu die Möglichkeit einer Demographie-Rücklage in der
164 Rentenversicherung geschaffen werden. Ergänzend zum Aufbau dieser Demografie-
165 Reserve muss ein demografiebedingter Kostenanstieg vorübergehend durch
166 Bundeszuschüsse zur gesetzlichen Rentenversicherung erfolgen.
167 • Die Mindestreserve und die Demografie-Rücklage sind sinnvoll zu investieren anstatt sie
168 durch Negativzinsen aufzehren zu lassen. Wir halten es für dringend geboten, damit
169 bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, wie dies schon bis 2005 geschah. Damit schaffen
170 wir gesellschaftlichen Nutzen und eine Verzinsung des angesammelten Kapitals. Die
171 hierdurch mobilisierbaren Beträge übersteigen die bisher geplanten Maßnahmen aller
172 öffentlichen Hände für den sozialen Wohnungsbau um ein Mehrfaches.

173

174 Beiträge und Bemessung

175 • Einen guten Sozialstaat gibt es nicht zum Nulltarif. Der von den Arbeitnehmern und
176 Arbeitgebern paritätisch finanzierte Beitragssatz von derzeit 18,6% in der
177 Rentenversicherung muss schrittweise angehoben werden, dass die Beitragssätze
178 spätestens ab 2025 über die gesetzlichen Haltelinien von 20 Prozent und 22 Prozent ab
179 2030 steigen werden. Dies kann auch über eine Erhöhung des Bundeszuschusses
180 erfolgen. So können substantielle Verbesserungen im Rentenniveau erreicht werden.
181 • Aufgabe einer sozialdemokratischen Reform muss es sein, die Rentenformel an die
182 jetzige und künftige Gesellschaft anzupassen und dieses Thema zu besetzen - als
183 Vereinfachung, als Klarheit und als Schutz vor dem Risiko der Altersarmut.
184 Dabei muss es Ziel sein, Nachteile in der Rentenversicherung ohne bürokratischen
185 Aufwand auszugleichen. Statt immer neue Ausnahmeregelungen zu schaffen, wäre zu
186 prüfen, ob es nicht gerechter ist, z.B. das Drittel der persönlichen Entgeltpunkte für die

187 Beitragszeiten mit der geringsten Bewertung auf den Durchschnitt der persönlichen
188 Entgeltpunkte anzuheben bzw. zum Prinzip der Rente nach Mindesteinkommen
189 zurückzukehren.

190 • Die Beitragsbemessungsgrenze für die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung ist
191 aufzuheben, wobei die Leistungen degressiv abgeflacht werden. Das bedeutet, dass
192 oberhalb eines noch festzulegenden hohen Jahreseinkommens die mit den Beiträgen
193 verbundenen Rentenanwartschaften bei Berücksichtigung der verfassungsrechtlichen
194 Vorgaben nicht mehr im Verhältnis 1:1 ansteigen würden. Außerdem sollen die
195 Arbeitnehmer-Beiträge zu den Sozialversicherungen in den unteren Einkommens-
196 bereichen zulasten entsprechend höherer Arbeitgeberbeiträge stark reduziert werden.
197 • Die Verschlechterung der Rentenformel durch den Nachhaltigkeitsfaktor muss
198 zurückgenommen werden.
199 • Rentenbeiträge für Arbeitslose sind vollständig zu berücksichtigen und von der
200 Arbeitslosenversicherung bzw. den Grundsicherungsstellen zu entrichten.

201
202 • Eine Einkommensanrechnung widerspricht dem Versicherungsgedanken einer
203 vorleistungsabhängigen Rente sowie dem Prinzip der Teilhabeäquivalenz. Eine
204 Rentenleistung kann eine langjährige Beitragszahlung nur wertschätzend anerkennen,
205 wenn sie ohne jede Form der Einkommensprüfung und erst recht ohne Bedarfs- oder
206 Bedürftigkeitsprüfung gewährt wird.

207
208• • Für Erziehungs- und Pflegeleistung (finanziert durch Pflegeversicherung) erhalten die
209 erziehenden bzw. pflegenden Personen so viele Rentenpunkte zusätzlich zu ihrem
210 Rentenanspruch, als hätten sie in der Erziehungs- bzw. Pflegezeit weiter gearbeitet.

211 Entsprechend erfolgt eine rentenrechtliche Bewertung zukünftig von Aus- und
212 Fortbildungszeiten.

213 • Für einen signifikant höheren steuerlichen Grundfreibetrag für Rentnerinnen und
214 Rentner. „Eck- oder Standardrentner“ in der Rentenversicherung mit 45 Entgeltpunkten
215 orientieren. (Beispiel: Für das Jahr 2019 wäre der steuerliche Grundfreibetrag 18.336,-
216 Euro; für 2020: 18.816,- Euro)

217 Steuer- und Verteilungspolitik, Zuschuss

218 • Die notwendige ausreichende Kapitalausstattung der umlagefinanzierten gesetzlichen

219 Rente ist durch einen angemessenen Zuschuss aus dem Bundeshaushalt herzustellen.

220 Darüber hinaus ist darauf hinzuwirken, dass auch die gesetzliche Rente nur zur Hälfte auf

221 Leistungen nach dem SGB XII angerechnet wird.

222 • Außerdem muss ein wesentlicher Teil zur Finanzierung der gesetzlichen Rente zügig

223 durch eine gerechte Steuer- und Verteilungspolitik erbracht werden. Der

224 Spitzensteuersatz ist zu erhöhen, um die soziale Ungleichheit einzudämmen. Außerdem

225

226 sind europaweit Finanzgeschäfte und die Umsätze von digitalen Unternehmen zu

227 besteuern.

228 Die Mehreinnahmen sind zur Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung einzusetzen.

229 Altersvorsorge ist auch und gerade in Zeiten tiefgreifender Umbrüche eine

230 gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Angesichts der Reichtumsentwicklung ist sie auch

231 finanzierbar.

232 • Die gesetzliche Obergrenze für Rücklagen der gesetzlichen Rentenversicherung von

233 aktuell 1,5 Monatsausgaben ist zu beseitigen oder zumindest deutlich zu erhöhen.

234

235 Beitragsungedekte Leistungen steuerlich finanzieren

236 • Leistungen, die systematisch nicht durch Beiträge gedeckt sind, wollen wir solidarisch und

237 gerecht über Steuermittel finanzieren. Es entspricht der rentenpolitischen Beschlusslage

238 der SPD, alle versicherungsfremden, aber sozial notwendige Leistungen über das

239 allgemeine Steueraufkommen zu finanzieren. Dazu gehören zum Beispiel: einheitliche

240 Mütterrente, Ost-West Angleichung, Erwerbsminderungsrente, Erziehungs- und

241 Pflegeleistungen. Es darf keine Finanzierung dieser Leistungen über die Rentenbeiträge

242 geben.

243

244 Betriebliche Altersvorsorge als Ergänzung

245 • Die bestehenden und zukünftig vereinbarten Regelungen zwischen Gewerkschaften und

246 Arbeitgeberverbänden bezüglich Betriebsrente, sollen hier ausdrücklich unberührt

247 bleiben. Die betriebliche Altersvorsorge soll als Ergänzung gestärkt und ihre Verbreitung
248 deutlich erhöht werden.

249 Angestrebt sollte eine betriebliche Altersversorgung (bAV), tariflich abgesichert und
250 arbeitgeberfinanziert, als Zusatzbeitrag für die gesetzliche Rentenversicherung werden.

251 Dies wäre ein zusätzlicher Beitrag zur individuellen Absicherung im Alter, bei
252 Erwerbsminderung sowie zur Hinterbliebenenversorgung.

253

254 Eine freiwillige Eigenbeteiligung durch die Arbeitnehmer sollte ebenso als Zusatzbeitrag
255 für die gesetzliche Rentenversicherung möglich sein.

256 • Grundsätzlich müssen zur Sicherung der bAV die Zusagen für die Beschäftigten weiter so
257 belastbar wie möglich sein (garantierte Mindestleistung und eine verpflichtende,
258 insolvenz sichere Arbeitgeberhaftung).

259

260 Doppelte Verbeitragung / Beitragsfreiheit

261 • Damit sich der Aufbau einer betrieblichen Altersversorgung auch in der
262 Auszahlungsphase entsprechend lohnt, sind unsachgemäße Belastungen von
263 Betriebsrenten abzuschaffen. Bei der Auszahlung von Betriebsrenten muss die doppelte
264 Beitragspflicht zur gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) wegfallen und analog der
265 gesetzlichen Rente ist nur der Arbeitnehmeranteil (7,3%) und die Hälfte des
266 Zusatzbeitrages zu entrichten. Es muss sichergestellt werden, insbesondere im Falle
267 einer möglichen Erwerbstätigenversicherung, dass es für Einzahlung bzw. Umwandlung
268 sowie bei der Auszahlung eine einmalige Sozialversicherungsverbeitragung gibt. Eine
269 nochmalige Verbeitragung des Einzahlungs- bzw. Umwandlungsbetrages lehnen wir ab!
270 In diesem Zusammenhang muss die Beitragsfreiheit von Betriebsrenten bei
271 Überschreitung der heutigen Freibetragsgrenze möglichst weitgehend wiederhergestellt
272 werden.

273

274 4. Guter Übergang in die Rente statt Rente mit 67!

275 Die Regelaltersgrenze anpassen

276 • Die Diskussionen um Verbesserungen beim Rentenniveau wie bei der

277 Armutsbekämpfung werden konterkariert durch die nicht enden wollende Debatten um

278 eine immer höhere Regelaltersgrenze. Letztere lehnen wir ab.

279 • Die Rente mit 67 geht an der Realität der Beschäftigten vorbei und ist durch das

280 gesetzliche Rentenzugangsalter mit 65 Jahren zu ersetzen.

281 • Eine realistisch in Arbeit erreichbare Regelaltersgrenze muss gerade vor dem Hintergrund

282 der Corona-Pandemie und des Wandels der Arbeit verstärkt von passgenauen Optionen

283 für die Gestaltung sozial abgesicherter Übergänge während des Erwerbslebens sowie

284 beim Ausstieg aus dem Erwerbsleben begleitet werden. Diese flexiblen, abschlagsfreien

285 Übergänge vom Arbeitsleben in den Ruhestand müssen gefördert werden.

286 • Mögliche Instrumente für den Übergang in den Ruhestand sind hier insbesondere:

287 – die Stärkung der Rahmenbedingungen für die Altersteilzeit,

288• – Abfindungen müssen auf Wunsch des Arbeitnehmers in Zeit als Freistellung

289 innerhalb des Arbeitsverhältnisses über ein Zeitwertkonto gewährt werden.

290 – Bei Entlassungen rentennaher Jahrgänge oder bei betrieblichen Regelungen zum

291 flexiblen Übergang in die Rente muss der Arbeitgeber den eventuellen Rentenverlust

292 durch früheren Rentenbeginn mit einer entsprechenden Ausgleichszahlung gemäß

293 Sozialgesetzbuch VI, §187a ausgleichen. Es muss sichergestellt sein, dass für die

294 betreffenden Arbeitnehmer kein Rentenabschlag erfolgt.

295 – ein dauerhafter Rentenzugang ohne Abschläge mit 63 Jahren und nach mindestens

296 45 Beitragsjahren für alle Generationen.

297

298 Erwerbsminderungsschutz verbessern

299 • Der Invaliditätsschutz der gesetzlichen Rentenversicherungen ist weiter zu verbessern.

300 Der Zugang zu den Erwerbsminderungsrenten ist zu erleichtern.

301 • Die Altfälle sollen den Neufällen gleichgestellt werden.

302 Die Zurechnungszeiten für die Erwerbsminderungsrenten (auch Altfälle) werden auf 65

303 Jahre verlängert. Erwerbsgemindert ist, wer wegen körperlicher (z.B. Unfall) oder

304 psychischer Erkrankung einer Erwerbstätigkeit nicht mehr nachgehen kann. Im vorletzten

305 Bundestagswahlkampf wurde den Erwerbsgeminderten eine deutliche Verbesserung ihrer
306 Erwerbsminderungsrente versprochen. Tatsächlich wurde mit dem Rentenpaket 2014 die
307 Zurechnungszeit bei Rentenneuzugängen ab 1. Juli 2014 um zwei Jahre verlängert.
308 Erwerbsgeminderte wurden dabei so gestellt, als hätten sie mit ihrem bisherigen
309 Einkommen bis zum 62. statt wie vorher bis zum 60. Geburtstag weitergearbeitet.
310 • Außerdem müssen neben der beschlossenen Verlängerung der Zurechnungszeiten bei
311 der Erwerbsminderungsrente in einem weiteren Schritt die ungerechtfertigten Abschläge
312 beseitigt werden. Niemand wird freiwillig erwerbsgemindert.
313 • Währenddessen müssen die Angebote und Möglichkeiten der Prävention und
314 Rehabilitation auch durch die gesetzliche Rentenversicherung ausgeweitet werden, um
315 alters- und alternsgerechte Arbeit zu fördern und gesundheitsbedingte vorgezogene
316 Erwerbsaustritte möglichst lange zu verhindern.

317

318

319 **Begründung:**

320

321 Erfolgt mündlich.

322

Mitgliederversammlung am 26. Juni 2021

Antrag Nr. L 1

Antragsteller: AfA

Adressat: SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt
AfA-Bezirkskonferenz Hessen-Nord
SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
SPD-Landesparteitag
AfA im Bezirk Hessen-Süd zur Kenntnis

Betrifft: Ladenöffnungszeitengesetz anpassen

angenommen

abgelehnt

überweisen an:

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

1 Das hessische LadenöffnungsGesetz soll in §3 Abs. 1 dahingehend geändert werden, dass
2 Verkaufsstellen anstelle von 0 bis 24 Uhr zukünftig nur von 6 bis 21 geöffnet haben dürfen,
3 Samstags nur bis 18 Uhr.

4

5 §4 Abs. 1 ist dementsprechend anzupassen „Abweichend von §3 Abs. **1 und 2**“

6

7 **Begründung:**

8

9 Gerade die Notbremse hat uns gezeigt, dass ein Einkauf nach 22 Uhr nicht zwingend nötig
10 ist. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können auch bei kürzeren Öffnungszeiten
11 einkaufen, zwischen 6 und 22 Uhr bleibt ein Zeitrahmen von 16 Stunden, dem doppelten der
12 üblichen Höchstarbeitszeit.

13

Mitgliederversammlung am 26. Juni 2021

Antrag Nr. L 2

Antragsteller: SPD-Ortsverein Südstadt
Adressat: SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt
SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
SPD-Landesparteitag
Betrifft: Ladenöffnungszeitengesetz anpassen

angenommen abgelehnt überweisen an:

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

1 Das hessische LadenöffnungsGesetz soll in §3 Abs. 1 dahingehend geändert werden, dass
2 Verkaufsstellen anstelle von 0 bis 24 Uhr zukünftig nur von 6 bis 22 geöffnet haben dürfen.

3

4 §4 Abs. 1 ist dementsprechend anzupassen „Abweichend von §3 Abs. **1 und 2**“

5

6 **Begründung:**

7

8 Gerade die Notbremse hat uns gezeigt, dass ein Einkauf nach 22 Uhr nicht zwingend nötig
9 ist. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können auch bei kürzeren Öffnungszeiten
10 einkaufen, zwischen 6 und 22 Uhr bleibt ein Zeitrahmen von 16 Stunden, dem doppelten der
11 üblichen Höchstarbeitszeit.

12

Mitgliederversammlung am 26. Juni 2021

Antrag Nr. K 1

Antragsteller: SPD-Ortsverein Philippenhof/W.
Adressat: An den Unterbezirk Kassel Stadt
Betrifft: Dem Hessencourrier die Zukunft sichern

angenommen abgelehnt überweisen an:

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Die Stadt Kassel soll Kontakt mit dem Verein aufnehmen und alle verfügbaren, auch
- 2 finanzielle Mittel einsetzen, um den Weiterbestand des Vereins zu sichern.

3

4 **Begründung:**

5

- 6 Der Hessencourrier ist ebenso wie das technische Museum ein wesentlicher Bestandteil der
7 technischen Museumslandschaft in Kassel. Der Verein stemmt in wichtiger ehrenamtlicher
8 Tätigkeit seit vielen Jahren die Erinnerung an die Industrialisierung in Kassel des letzten
9 Jahrhunderts. In dieser Zeit hat sich Kassel gegen die Konkurrenz behauptet und konnte so
10 erst das werden was es heute noch ist: Ein wesentlicher Industriestandort für Automobilität,
11 der LKW-Herstellung und nicht zuletzt dem Lokomotivbau.

12

Mitgliederversammlung am 26. Juni 2021

Antrag Nr. K 2

Antragsteller: SPD-Ortsverein Waldau

Adressat: SPD Stavo-Fraktion Kassel
Unterbezirksvorstand SPD Kassel-Stadt
Unterbezirksparteitag

Betrifft: Schaffung neuer Betreuungsplätze und
Bewegungsfreiräume für Kinder

angenommen abgelehnt überweisen an:

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

1 Die Fraktion und der Unterbezirksvorstand werden aufgefordert, im Magistrat und in der
2 Stadtverordnetenversammlung die Voraussetzungen für die Errichtung eines Natur-
3 Kindergartens durch den Träger Johanniter-Unfall-Hilfe e. V. auf dem aktuellen Gelände der
4 Offenen Schule Waldau zu schaffen und die erforderlichen politischen Mehrheiten bei den
5 potenziellen Kooperations- oder Koalitionspartnern zu erreichen. Hierfür ist außerdem in dem
6 derzeit als Entwurf vorliegenden Bebauungsplan Nr. VII/10 "Wahlebach, Forstbachweg" die
7 Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB) der aktuell als allgemeines Wohngebiet
8 (§ 4 BauNVO) WA 3 ausgewiesenen Fläche in eine Fläche für Gemeinbedarf (§ 9 Abs. 1 Nr.
9 5 BauGB) mit der Zweckbestimmung "Schule und soziale Zwecke" umzuwidmen.

10

11 **Begründung:**

12

13 Mehr KiTa statt Kika!

14

15 "Ein Kind, ein Platz – wir verwirklichen den Anspruch auf einen Betreuungsplatz mit
16 mindestens 500 neuen Plätzen pro Jahr." – so steht es im Wahlprogramm der Kasseler SPD.
17 Bis zu 20 Betreuungsplätze können in einer ersten Gruppe eines geplanten
18 Naturkindergartens verwirklicht werden. Der mögliche Träger, der Johanniter-Unfall-Hilfe e.
19 V. hat konkrete Vorstellungen, ein fertiges Konzept, das die spätere Einrichtung weiterer
20 Gruppen beinhaltet, und reichhaltige Erfahrung beim Betrieb von Kindertagesstätten.

21

22 Der Bedarf ist in Waldau dringend gegeben, weil die bislang in Waldau ansässigen
23 Einrichtungen bei weitem nicht alle Kinder des Stadtteils der Altersgruppe unter sechs
24 Jahren aufnehmen können. Das Konzept des Naturkindergartens, der lediglich Schutz- und
25 Sozialräume benötigt und der ansonsten das ganztägige Entdecken und Erleben in der Natur
26 ermöglicht, ist ideal. Hierdurch wird der allgemeinen Naturentfremdung und einem
27 zunehmenden Bewegungsmangel durch Bewegungsfreiheit und kreatives Spiel fernab von
28 vorgegebenem Spielmaterial effektiv entgegengewirkt. Denn „Kinder lernen nicht nur mit

29 dem Kopf, sondern auch mit dem Herz und der Hand. Durch Bewegung, mit Gefühlen und
30 Fantasie – sie lernen mit allen Sinnen“.

31

32 Angelehnt an den Hessischen Referenzrahmen Schulqualität, Qualitätsbereich V.3.2: „Die
33 Schule kooperiert mit ihrem Umfeld (...)“ ist auch der geplante Standort an der Offenen
34 Schule Waldau ideal. Durch die Nähe zu Schule, Jugendzentrum, das auch in die neu zu
35 bauenden Schulgebäude einziehen soll, Stadtteilbibliothek und KiTa Waldau II und die
36 Nachbarschaft zum Wahlebachpark ergeben sich vielfältige Nutzungsmöglichkeiten des
37 gesamten Areals, Synergien und Potentiale für Kooperationen untereinander.
38 Grundsätzlich benötigte Freiflächen und Pausenraum oder ein notwendiger Ausgleich für
39 den wegfallenden Sportplatz im Zuge des Neubaus der Schule seien zusätzlich angemerkt.

40

41 Damit Schule und Quartier auch in der Realität zusammengedacht werden, ist es notwendig,
42 die Flächennutzung des Areals dem Antrag entsprechend im zukünftigen Bebauungsplan
43 festzuschreiben. Schulen prägen tatsächlich ganze Stadtteile und so ist es erforderlich, dass
44 die Offene Schule Waldau weitläufig offen zum Stadtteil bleibt und nicht durch einen
45 Wohnriegel vom Stadtteil abgeschirmt ihre Bedeutung verliert. Es ist notwendig, dass die
46 Schule selbst, die geplante KiTa, das Jugendzentrum Waldau und die Stadtteilbibliothek
47 Waldau auch weiterhin zum Quartier gerichtet geöffnet bleiben und für die Menschen im
48 Stadtteil immer frei sichtbar und einladend bleiben. Gestört würde das Konzept der „offenen“
49 Schule im Übrigen auch durch die aktuell geplante Zwischennutzung über die Zeit der
50 Bauphase und den Umzug der Schule hinaus. Für eine bislang unbestimmte Zeitdauer
51 würde bereits durch den Altbau der Schülerschaft, die zu Fuß aus Waldau zur Schule geht
52 oder aus westlicher Richtung mit dem Fahrrad fährt, und allen anderen, die öffentlichen
53 Einrichtungen im Bereich der Schule nutzenden Personen, der freie und willkommen
54 heiße Zugang verwehrt.

55

56 Berücksichtigt werden muss darüber hinaus der Bedarf an Stellplätzen, der während der
57 Zwischennutzung des bestehenden Schulgebäudes für Berufsschulen, für die weitere
58 Nutzung der Sporthalle für Großveranstaltungen oder für die verschiedenen schulischen
59 Großveranstaltungen entstehen wird. Die Verlagerung des Park-Verkehrs in das
60 benachbarte verkehrsberuhigte Wohngebiet ist bereits heute ein großes Problem und eine
61 Verschärfung der Situation durch eine zukünftige Wohnbebauung auf dem Gelände der
62 heutigen OSW oder eine langfristige Zwischennutzung des Altbaus ist nicht akzeptabel.

63

64 Abschließend muss die Wohnqualität in direkter Nachbarschaft zum Ottoneum der Offenen
65 Schule Waldau infrage gestellt werden. Hier üben die Bläserklassen und weitere Orchester
66 der Schule mit ihren Instrumenten meist laut, manchmal schräg und im Sommer oft bei
67 geöffneten Fenstern und Türen oder auch im Freien. Seit der Corona-Pandemie findet der
68 Musikunterricht zudem gänzlich im Freien statt. Ob der vorgesehene Lärmschutz
69 (Lärmpegelbereich III gemäß DIN 4109-1:2018-01) hier ausreichend ist, sei der Bewertung
70 durch die Fachleute überlassen. Geöffnete Fenster oder der Aufenthalt im Freien werden
71 hiervon jedenfalls nicht geschützt. Und eine Behinderung oder gar Einschränkung des
72 Schulbetriebs ist unbedingt auszuschließen.

73

74 Aus den genannten Gründen ist eine Wohnbebauung auf dem Gelände der heutigen
75 Offenen Schule Waldau zu verhindern. Stattdessen sollen die Flächen einer sinnvollen
76 Nutzung für die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen im Stadtteil zugeführt werden und
77 für die zukünftige Entwicklung der Schule offenstehen.

78

Mitgliederversammlung am 26. Juni 2021

Antrag Nr. K 3

Antragsteller: SPD Ortsverein Waldau

Adressat: Mitglieder des Magistrats
SPD Stavo-Fraktion Kassel
Unterbezirksvorstand SPD Kassel-Stadt
Unterbezirksparteitag

Betrifft: Verbesserung der Lebensqualität im Osten und Süden von Kassel

angenommen abgelehnt überweisen an:

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

1 Die Adressaten werden aufgefordert, die dem jeweiligen Amt oder der jeweiligen Funktion
2 zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu nutzen, um bei den zuständigen übergeordneten
3 Behörden und Ministerien auf dem Streckenabschnitt zwischen dem Kreuz Kassel-Mitte und
4 dem Kreuz Kassel-West die Einrichtung einer ganztägigen Geschwindigkeitsbeschränkung
5 auf 60 km/h für LKW und 80 km/h für die übrigen Fahrzeugarten zu erreichen. Soweit es der
6 Durchführung dieser Maßnahme dienlich ist, soll außerdem die Möglichkeit geprüft werden,
7 in Anlehnung an das Vorgehen der Gemeinde Baunatal, mit Messungen oder Gutachten, die
8 auf durchgeführten Messungen beruhen, die Notwendigkeit der Maßnahme zu bekräftigen.

9

10 Begründung:

11

12 Für ein gutes Leben in Kassel!

13

14 Dass Lärm krank machen und die Leistungsfähigkeit eines Menschen negativ beeinflussen
15 kann, ist unbestritten. Laut Bundesumweltministerium können bereits geringe Lärmpegel ab
16 25 Dezibel zu Konzentrations- oder Schlafstörungen führen. Das wird auch von der
17 Hessischen Landesbehörde Hessen Mobil bestätigt. Bezüglich des Verkehrslärms, der von
18 der A 49 dauerhaft ausgeht, hat Hessen Mobil außerdem dargelegt, dass sich die
19 Fahrgeschwindigkeit von Fahrzeugen massiv auf die Emission von Lärm auswirkt. Die
20 Schallintensität des Reifen-Fahrbahn-Geräusches steigt mit der 3. bis 4. Potenz der
21 Geschwindigkeit, die des aerodynamischen Geräusches mit ca. der 6. Potenz.

22

23 Lärmkartierungen der Hessischen Behörden dokumentieren außerdem, dass die
24 Verkehrsbelastung auf der A 49 in den vergangenen Jahren extrem zugenommen hat. Durch
25 die verschiedenen geplanten Neubauten der A 49 und A 44 ist mit einem weiteren starken
26 Anstieg des Verkehrsaufkommens zu rechnen. Das bedeutet für die Menschen in den
27 angrenzenden Stadtteilen eine deutliche Zunahme der gesundheitsgefährdenden

28 Belastungen durch den Verkehrslärm. Hinzu kommt die Verschlechterung der Luftqualität im
29 Kasseler Becken durch die Abgas-Emissionen. Diese können langfristig durch Elektro-
30 Mobilität reduziert werden, nicht jedoch die Lärm-Emissionen. Ein Tempo-Limit ist demnach
31 eine praktikable und kurzfristig umsetzbare Lösung, um die Gesundheit der Menschen zu
32 schützen.

33
34 Die Belästigung durch den Verkehrslärm ist für die SPD in Waldau seit der Inbetriebnahme
35 der „Südtangente“ in der 1970er Jahren ein Thema. In den vergangenen Jahren haben sich
36 verstärkt verschiedene SPD-Ortsvereine und Bürgerinitiativen für einen effektiven
37 Lärmschutz eingesetzt. Auch der Oberbürgermeister Christian Geselle hat den Hessischen
38 Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen in dieser Sache angeschrieben. Die
39 Reaktion war bislang ernüchternd und sämtliche Anstrengungen sind bisher erfolglos
40 geblieben. Deshalb ist es dringend erforderlich, dass die Kasseler Gremien und offiziellen
41 Repräsentanten geschlossen und entschieden das Handeln durch die zuständigen Behörden
42 einfordern.

43

Mitgliederversammlung am 26. Juni 2021

Antrag Nr. K 4

Antragsteller: SPD-Ortsverein Vorderer Westen

Adressat: SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt
Kasseler SPD-Stadtverordnete
SPD-Mitglieder im Kasseler Magistrat

Betrifft: Verkehrsexperiment: Ein kurzfristiger Radweg auf der Willi Allee

angenommen abgelehnt überweisen an:

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

1 Wir fordern, dass für mindestens zwölf Wochen testweise ein kurzfristig eingerichteter Radweg
2 (Pop-Up-Radweg) auf der Wilhelmshöher-Allee eingerichtet wird.

3

4 Darüber hinaus fordern wir, dass dieses Experiment wissenschaftlich begleitet wird, indem
5 Feinstaubmessungen, Verkehrszählungen sowie Verkehrsaufkommen auch in benachbarten
6 Straßen gemessen werden. Sollten die Ergebnisse des Experiments positiv ausfallen, so
7 sollen die kurzfristigen Radwege sukzessiv in einen sogenannten „Geschützten
8 Radfahrstreifen“ (Protected Bike-Lane) umgewandelt werden.

9

10 **Begründung:**

11

12 Mit dem aufgelegten Radverkehrsprogramm investiert die Stadt Kassel insgesamt 66
13 Millionen Euro für den Radverkehr, doch diese Summe kann nur ein Anfang sein. Um den
14 Radverkehr weiter auszubauen, bedarf es weiterer Lösungen. In den vergangenen Jahren
15 wurde immer wieder von verschiedenen Akteuren der Stadtgesellschaft, aber auch aus der
16 SPD Kassel, der Wunsch laut, dass ein Radweg auf der Wilhelmshöher-Allee errichtet wird.
17 Zur Wahrheit gehört, dass immer Gegenargumente geäußert wurden. Deshalb fordern wir
18 ein Verkehrsexperiment mit wissenschaftlicher Begleitung, um final die Machbarkeit zu
19 klären.

20 Folgende Fragen müssen nach dem Experiment beantwortet werden: Entstehen durch die
21 Radwege in der Wilhelmshöher-Allee oder an den angrenzenden Straßen Staus?

22 Welche Konflikte entstehen an den Verkehrsknotenpunkten? Wie entwickelt sich das
23 Verkehrsaufkommen sowie die Feinstaubbelastung in den benachbarten Straßen?

24

25 Kurzfristige Radwege sind einerseits günstig und schnell realisierbar andererseits auch keine
26 langfristige Lösung. Daher sollten langfristig die kurzfristigen Radwege in „Protected Bike-
27 Lanes“ umgewandelt werden.



Abbildung 1: Ein Geschützten Radfahrstreifen

28
29



Abbildung 2: Ein kurzfristiger Radweg in München

Mitgliederversammlung am 26. Juni 2021

Antrag Nr. K 5

Antragsteller: AfA

Adressat: SPD-Mitgliederversammlung Kassel-Stadt
SPD Mitglieder des Magistrats
SPD-Stadtverordnetenfraktion

Betrifft: 5 Jahre Befristung sind genug

angenommen

abgelehnt

überweisen an:

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Wir fordern die SPD-Magistratsmitglieder der Stadt Kassel sowie die Kasseler SPD-
- 2 Stadtverordneten dazu auf, darauf hinzuwirken, dass Angestellte der Stadt Kassel sowie
- 3 deren Tochterfirmen nach spätestens fünf Jahren in befristeter Beschäftigung ein
- 4 unbefristetes Arbeitsverhältnis angeboten wird. Befristete Verträge sollen zukünftig nur mit
- 5 Sachgrund nach TzBfG abgeschlossen werden.

6

7

8 **Begründung:**

9

- 10 Arbeit und Leben brauchen Perspektive. Wohnungskauf, Kredite und Kinderplanung sind nur
- 11 einige „Projekte“ im Leben vieler Menschen, die durch ein befristetes Arbeitsverhältnis
- 12 zusätzlichen Hürden unterliegen oder ganz aufgegeben werden müssen. Als SPD können
- 13 wir das besser!

14

Mitgliederversammlung am 26. Juni 2021

Antrag Nr. K 6

Antragsteller: SPD-Ortsverein Südstadt

Adressat: SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt
SPD Mitglieder des Magistrats
SPD-Stadtverordnetenfraktion

Betrifft: 5 Jahre Befristung sind genug

angenommen

abgelehnt

überweisen an:

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Wir fordern die SPD-Magistratsmitglieder der Stadt Kassel sowie die Kasseler SPD-
- 2 Stadtverordneten dazu auf, darauf hinzuwirken, dass Angestellte der Stadt Kassel sowie
- 3 deren Tochterfirmen nach spätestens fünf Jahren in befristeter Beschäftigung ein
- 4 unbefristetes Arbeitsverhältnis angeboten wird.

5

6 **Begründung:**

7

- 8 Arbeit und Leben brauchen Perspektive. Wohnungskauf, Kredite und Familienplanung sind
- 9 nur einige „Projekte“ im Leben vieler Menschen, die durch ein befristetes Arbeitsverhältnis
- 10 zusätzlichen Hürden unterliegen oder ganz aufgegeben werden müssen. Als SPD können
- 11 wir das besser!

12

Mitgliederversammlung am 26. Juni 2021

Antrag Nr. K 7

Antragsteller: AfA

Adressat: SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt
SPD-Stadtverordnetenfraktion
SPD Mitglieder des Magistrats

Betrifft: Streaming der Stadtverordnetenversammlung

angenommen

abgelehnt

überweisen an:

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Wir fordern die Kasseler SPD-Stadtverordneten dazu auf, darauf hinzuwirken, dass die
- 2 Stadtverordnetenversammlung zukünftig per Livestream übertragen wird und dieser
- 3 anschließend auf der Homepage der Stadt Kassel für alle politisch interessierten Menschen
- 4 bereit gestellt wird.

5

6 **Begründung:**

7

- 8 Gerade in der letzten Zeit gab es durch Corona zusätzliche Hürden, der
- 9 Stadtverordnetenversammlung zuzuhören. Die Stavo-Sitzungen müssen auch weniger
- 10 mobilen Menschen zur Verfügung gestellt werden. Politische Entscheidungen und
- 11 Diskussionen der Stavo müssen transparent dargestellt werden, um sie sowohl
- 12 nachvollziehbar darzustellen, als einer Politikverdrossenheit entgegenzuwirken.

13

Mitgliederversammlung am 26. Juni 2021

Antrag Nr. K 8

Antragsteller: SPD-Ortsverein Südstadt

Adressat: SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt,
SPD-Stadtverordnetenfraktion,
SPD Mitglieder des Magistrats

Betrifft: Streaming der Stadtverordnetenversammlung

angenommen

abgelehnt

überweisen an:

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Wir fordern die Kasseler SPD-Stadtverordneten dazu auf, darauf hinzuwirken, dass die
- 2 Stadtverordnetenversammlung zukünftig per Livestream übertragen wird und dieser
- 3 anschließend auf der Homepage der Stadt Kassel für alle politisch interessierten Menschen
- 4 bereit gestellt wird.

5

6 **Begründung:**

7

- 8 Gerade in der letzten Zeit gab es durch Corona zusätzliche Hürden, der
- 9 Stadtverordnetenversammlung zuzuhören. Die Stavo-Sitzungen müssen auch weniger
- 10 mobilen Menschen zur Verfügung gestellt werden. Politische Entscheidungen und
- 11 Diskussionen der Stavo müssen transparent dargestellt werden, um sie sowohl
- 12 nachvollziehbar darzustellen, als einer Politikverdrossenheit entgegenzuwirken. Um den
- 13 Abgeordneten besser folgen zu können ist eine Video und Tonübertragung notwendig.

14

Mitgliederversammlung am 26. Juni 2021

Antrag Nr. O 1

Antragsteller: SPD-Ortsverein Vorderer Westen
Adressat: SPD-Kassel
Betrifft: SPD-Kassel - mit mehr Vielfalt zur Kommunalwahl 2026

angenommen abgelehnt überweisen an:

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

1 Bis zur nächsten Kommunalwahl in Hessen 2026 soll sich die SPD Kassel besonders und
2 konsequent für Bürger:innen mit Migrationshintergrund öffnen und gezielt um sie werben.
3 Ziel ist es, dass die Kandidat:innenliste der SPD zur Wahl der nächsten
4 Stadtverordnetenversammlung dem Anteil dieser Gruppe in der Stadtgesellschaft entspricht.
5 Gemessen an der Bevölkerung in Kassel wären dies 39 Prozent. Mindestens jedoch sollte
6 der Anteil 25 Prozent betragen.

7

8 **Begründung:**

9

10 Seit Jahrzehnten verändert sich die Bevölkerungsstruktur in den Kommunen, auch in der
11 Stadt Kassel. Ob Zuzug, Umzug oder hier geboren – immer mehr Menschen mit
12 Migrationsgeschichte nennen heute Kassel ihr Zuhause. 39 Prozent der Einwohner:innen mit
13 deutscher Staatsbürgerschaft haben einen Migrationshintergrund (siehe Integrationsbericht
14 der Stadt Kassel von 2019). Bei jüngeren Menschen sind es sogar rund 50 Prozent.

15

16 Parteien sind zentrale Instanzen der politischen Willensbildung, in denen möglichst viele
17 Bürger:innen ihre politische Heimat finden. Eine zentrale Aufgabe der Politik ist es, politische
18 Teilhabe und Teilnahme zu ermöglichen. Ihre Aufgabe ist auch eine adäquate Repräsentanz
19 der Bevölkerung, die sie vertreten, herzustellen. Eine Partei wie die SPD, die sich als
20 Volkspartei sieht, traditionell und konsequent und für Gleichberechtigung und Teilhabe
21 eintritt, sollte sich dies daher zur zentralen Aufgabe machen.

22

23 Die SPD Kassel kann ihre Vorbildfunktion erfüllen und aktiv um Bürger:innen mit
24 Migrationshintergrund werben und sie in ihrem politischen Engagement unterstützen. Dies
25 kann über konkrete Maßnahmen zur Mitgliederwerbung bis hin zur gezielten Unterstützung
26 und Förderung von Mitgliedern aus dem bestehenden Mitgliederkreis der SPD Kassel
27 geschehen. Ziel muss es sein, zur nächsten Kommunalwahl für die Stadtverordneten eine

28 noch vielfältigere Kandidat:innenliste aufstellen zu können. Auch für die Listen zur Wahl der
29 Ortsbeiräte sollte dies als Richtschnur gelten.
30

Mitgliederversammlung am 26. Juni 2021

Antrag Nr. O 2

Antragsteller: SPD-Ortsverein Vorderer Westen
Adressat: SPD-Kassel
Betrifft: Weiterentwicklung der Stadtteilforen

angenommen abgelehnt überweisen an:

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Wir fordern, dass die SPD Kassel die Stadtteilforen weiterentwickelt, um mit Gewerkschaften,
- 2 Bürger*innen, Klimaschutzaktivist*innen, Kulturschaffenden und anderen Initiativen ins
- 3 Gespräch zu kommen und Ideen für die Zukunft Kassels zu entwickeln.
- 4 Die Ergebnisse der Stadtteilforen müssen zudem in den kommenden Wahlkampfkampagnen
- 5 aufgegriffen werden.

6

7 **Begründung:**

8

- 9 Die Stadtteilforen waren ein großer Erfolg, im Zuge des Stadtteilforums im Vorderen Westen
- 10 erarbeiteten etwa 180 Personen Ideen für die anschließende Kommunalwahl. Vor der
- 11 Kommunalwahl konnten drei der vier Stadtteilforen durchgeführt werden, ein Stadtforum
- 12 konnte aufgrund der Corona-Pandemie nicht stattfinden. Aus allen drei Stadtteilforen sind
- 13 insgesamt 26 Ideen in das Wahlprogramm eingegangen.
- 14 Durch die Stadtteilforen konnten auch zahlreiche Nicht-Mitglieder das Wahlprogramm
- 15 mitgestalten. Diesen Spirit sollten wir aufgreifen und weiterentwickeln. Beispielsweise könnten
- 16 auch Jugendorganisationen von Gewerkschaften in ein solches Forum eingeladen werden,
- 17 welche sich dann in einer zielgruppengerechten Location (z.B. in einer Bar/Lounge ö.Ä.)
- 18 austauschen und Anträge erarbeiten.
- 19

Mitgliederversammlung am 26. Juni 2021

Antrag Nr. O 3

Antragsteller: 25 Mitglieder

Adressat: Unterbezirksvorstand SPD Kassel-Stadt
Unterbezirksparteitag

Betrifft: Antrag Doppelspitze

angenommen

abgelehnt

überweisen an:

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

1 Der Unterbezirksvorstand wird aufgefordert im Jahr 2021 einen Delegiertenparteitag
2 abzuhalten in dem die notwendigen Voraussetzungen für die Wahl einer paritätisch besetzten
3 Doppelspitze als Alternative geschaffen werden. Nach Anpassung des Organisationsstatutes
4 des Unterbezirkes Kassel Stadt wird, im Nachgang zu der Wahl des Unterbezirksvorstandes
5 am 26.06.2021, eine der stellvertretenden Unterbezirksvorsitzenden zur vollumfänglich
6 gleichberechtigten Co Vorsitzenden nachgewählt.

7

8 **Begründung:**

9

10 Wir wollen eine quotierte Doppelspitze für die Kasseler SPD!

11

12 Eine Doppelspitze bedeutet für uns:

13

14 • ein integratives Element als starke Führungsspitze.

15

16 • Diskutieren – gemeinsam entscheiden – Entscheidungen mit einer Stimme vertreten.

17

18 • Unterschiedliche Perspektiven bündeln und zielgerichtet handeln.

19

20 • Zeitgemäße und moderne Führungsverantwortung.

21

22 • Bessere Kontakt- und Repräsentationsmöglichkeiten

23

24 • Die SPD in Kassel arbeitet als Team zusammen.

25

26 • Doppelte Kraft an der Spitze erhöht die Leistung der Kasseler SPD.

27

28 • Wir erreichen mehr Menschen außerhalb und innerhalb der SPD. Und um dies zu
29 erreichen, muss die Parteispitze über unterschiedliche Qualifikationen und Fähigkeiten
30 verfügen, die besser und leichter bei zwei Personen zu finden sind.

31

32 Der Unterbezirksvorstand hat sich in seiner Sitzung vom 21.04.2021 einstimmig zur
33 Doppelspitze in der Partei bekannt. Gegen die sofortige Umsetzung wurden rein formale
34 Hindernisse angeführt. Gleichzeitig wurde beschlossen im Herbst 2021 (nach der
35 Bundestagswahl) einen Delegiertenparteitag abzuhalten. An diesem sollen die notwendigen
36 satzungsändernden Beschlüsse für das gesamte Organisationsstatut gefasst werden.

